



**IM RATHAUS**

**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

An die  
lokalen Medien

12.11.01

Auflösung von Notunterkünften erneut prüfen

#### **PRESSEERKLÄRUNG**

Obwohl vor mehr als zehn Jahren in Dortmund der Rat beschlossen hatte, Notunterkünfte für obdachlose Familien, die sogenannten „Stadtsiedlungen“, aufzulösen und die dort lebenden Familien in Wohnraum zu vermitteln, existieren in Dortmund bis heute noch zwei Stadtsiedlungen: „Grevendicks Feld“ und „Bövinghauser Strasse“.

Bündnis 90 /DIE GRÜNEN beantragten im März 2000 im Sozialausschuss, die noch verbliebenen Stadtsiedlungen Zug um Zug aufzulösen. Begleitende Hilfen sollten durch ein entsprechendes Konzept sichergestellt werden, um eventuell auftretende Probleme nach dem Wiedereinzug der Familien und Paare in normale Wohnungen aufzufangen. Dieser Antrag wurde im Ausschuss mit Verweis auf seine praktische Undurchführbarkeit abgelehnt.

Inzwischen liegen Berichte aus Duisburg vor, die deutlich machen, dass eine solche Verfahrensweise in anderen Städten nicht nur möglich ist, sondern auch mit Erfolg durchgeführt wurde. Nach dem letzten Umsetzungsstand des Duisburger Wohnungsnotfallplanes sind sämtliche Siedlungen aufgelöst, in denen obdachlose Familien noch wohnten. Es ist gelungen, die Familien in den Wohnungsmarkt zu reintegrieren und durch ein begleitendes Hilfskonzept sicherzustellen, dass eine erneute Unterbringung in einer städtischen Notunterkunft vermieden werden konnte.

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN werden deshalb mit Verweis auf die Duisburger Praxis einen erneuten Vorstoss im Ausschuss vornehmen mit dem Ziel, die Übertragung der Duisburger Praxis auf Dortmund prüfen zu lassen. Die momentane Situation auf dem Wohnungsmarkt bietet dazu günstige Voraussetzungen.

Dazu Birgit Unger, grüne Sprecherin im Sozialausschuss:



**IM RATHAUS**

**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

„Familien, die in städtischen Notunterkünften leben, sind noch immer gesellschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt. Man „kennt“ die einschlägigen Wohnadressen in Dortmund – dies ist nicht zuletzt für die dort lebenden Kinder eine Barriere für eine gesellschaftliche und berufliche Integration. Wir wollen deshalb, dass in Dortmund geprüft wird, ob die Wiedereingliederung von obdachlosen Familien in den normalen Wohnungsmarkt, wie in Duisburg vollzogen, nicht auch in Dortmund möglich wäre. Sozialpolitisch wäre dies ein Fortschritt, zumal zu erwarten ist, dass wie auch in Duisburg keine zusätzlichen Belastungen für den Sozialhaushalt entstehen.“